

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 13. September 2022 / Mardi matin, 13 septembre 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**48 2021.RRGR.377 Motion 257-2021 Imboden (Bern, Grüne)
Für bessere Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten**

**48 2021.RRGR.377 Motion 257-2021 Imboden (Berne, Les Verts)
De meilleures conditions de travail pour le personnel agricole**

Fortsetzung / Suite

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Guten Morgen miteinander. Ich möchte auch den Herrn Regierungsrat, den Wirtschaftsdirektor, mit seinen Mitarbeitern sowie die Leute vom Sekretariat herzlich begrüßen. Ich hoffe, dass Sie sich erholen konnten und frisch sind für den heutigen Tag. Es wird ein langer Tag, wir haben ja heute Abend auch noch Abendsession.

Ich habe zuerst einige Mitteilungen. Wir wollen wieder einmal schauen, wie die Kapazität des WLAN ist. Bitte stellen Sie die Hotspots auf Ihren Geräten ab und loggen Sie sich über das WLAN ein. Dann können wir schauen, wie dies etwa ist, und können Probleme beheben oder korrigieren.

Des Weiteren haben Sie diese Woche eine Einladung zur diesjährigen Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) erhalten. Der Anlass findet am 28. Oktober in Bern statt. Das Thema lautet: «Was eine demokratische Gesellschaft aus der Unsicherheit in der Welt lernen muss – und was die Politik dazu tun kann». Das Thema soll aus politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und philosophischer Sicht beleuchtet werden. Im Anschluss an die Tagung hat man auch die Möglichkeit, am Nachmittag den Bernapark zu besichtigen, ein neues Quartier vor den Toren Berns, und den vielfältigen Nutzen dieses Quartiers kennenzulernen. Die Anmeldung ist bis am 20. Oktober möglich.

Dann habe ich noch etwas, das aus meiner Sicht ebenfalls wichtig ist: Ich möchte vielen Leuten gratulieren. Wie Sie ja mitbekommen haben, fanden letzte Woche die Swiss Skills statt. Über das Wochenende war die Siegerehrung. Ich habe gesagt, sie sollten mir mal ein wenig heraussuchen, wie viele Medaillen es gegeben hat, ich würde sie dann bekanntgeben – aber der Kanton Bern hat über 200 Medaillen gemacht, ich glaube, es hat keinen Zweck, wenn ich sie hier alle herunterlese. Ich möchte aber doch sagen, dass 27 Bernerinnen und Berner eine Goldmedaille geholt haben. Dies ist eigentlich auch eine Bestätigung für unser duales Bildungssystem, welches wahrscheinlich eines der besten Berufsausbildungsmodelle der ganzen Welt ist. Und das hat man auch gesehen, wenn man diesen Leuten beim Arbeiten zugeschaut hat. Ich war an einem Mittag ebenfalls dort, es war wirklich sehr interessant. *(Applaus / Applaudissements)*

Wir haben auch den Besten in allen Punkten, den Schweizermeister Matthias Baumann. Er hat über alles Bestnoten gemacht. Auch ihm möchte ich ganz herzlich gratulieren, als wirklich Bestem, als Schweizermeister. Ich bin aber auch stolz darauf, dass Leute aus unseren Reihen dies organisiert haben. Auch dies ist nicht selbstverständlich. Ohne dies würde das nicht stattfinden. Herzliche Gratulation zu dieser Arbeit, zu all den Medaillen und zum Engagement, das hier an den Tag gelegt wurde. *(Applaus / Applaudissements)*

So, jetzt fahren wir wieder fort in unseren ordentlichen Traktanden. Zum Traktandum Nummer 48 haben schon mehrere Fraktionen gesprochen. Nach meiner Buchhaltung können noch die Fraktionen von EVP, EDU, SP und Die Mitte sprechen, danach kommen die Einzelsprecher dran. Die

Rednerliste ist irgendwie über Nacht verschwunden. Die Fraktionen, die ich vorhin genannt habe, melden sich bitte wieder an – zuerst die Fraktionen, dann die Einzelsprecher.

Meret Schindler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dieser Motion in allen drei Punkten zu. Die wenigsten hier im Saal, und auch die wenigsten draussen, müssen mehr als 50 Stunden pro Woche arbeiten. Und deshalb finde ich es jeweils etwas schwierig, wenn wir, die wir weniger als diese 50 Stunden arbeiten müssen, es denjenigen nicht erleichtern können, die dies eben noch müssen. Die Forderung von 49,5 Stunden ist immer noch enorm hoch.

Wir haben dieses Problem zurzeit auch bei den Ärztinnen und Ärzten, und sie möchten eigentlich alle auch am liebsten reduzieren. Der Unterschied zu den Ärztinnen und Ärzten ist, dass diese einen Mindestlohn von 7100 mal 13 Franken im Jahr haben. Und auch hier: Natürlich ist die SP-JUSO-Fraktion für einen Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat; Sie konnten dies schon in verschiedenen Vorstössen in der vergangenen Session hören.

Zu den Ziffern 1 und 2 kann man sicher gut sagen, dies solle nicht kantonal geregelt werden. Aber ich verstehe nicht, warum der Regierungsrat sich nicht wenigstens bei Ziff. 3 für eine nationale Verbesserung einsetzen möchte. Das hat mich dann eben ein wenig verwundert. Ich möchte beliebt machen, dass wir punktweise abstimmen – dies hat, glaube ich, am Anfang schon die Motionärin gesagt – und dass wir dann der Regierung auch die Möglichkeit geben, mit der Bundesregierung darüber zu verhandeln.

Dominik Blatti, Oberwil i. S. (EDU), Fraktionssprecher. Wir haben hier über die Motion «Für bessere Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten» abzustimmen. Ja, wir haben uns in unserer Fraktion Gedanken dazu gemacht, und wir lehnen diese Motion ab.

Folgende Gründe haben uns dazu bewogen. Etwas Allgemeines: Jedem Unternehmer und Arbeitgeber ist es wichtig, dass die Mitarbeiter gerecht und gut entlohnt werden, weil der Arbeitgeber weiss, dass seine Angestellten das beste und grösste Kapital sind. Darum müssen sie gerecht entlohnt werden. In der Erntezeit sind fixe Arbeitszeiten unmöglich. Die Arbeit muss nach dem Wetter und dem Ernteanfall erledigt werden. Wir haben schon gestern gehört: Heuen muss man, wenn man heuen muss, wenn das richtige Wetter ist; ernten muss man, wenn man ernten muss. Darum müssen sich die Zeiten danach richten, wann die Arbeit da ist.

Erntearbeiten sind personalintensiv. Sie haben für das Produkt auch hohe Kostenfolgen. Wir haben einen Brief vom Verband Berner Früchte erhalten, und ich zitiere daraus, dass die Kostensteigerungen in der Vergangenheit auch nicht auf das Produkt abgewälzt werden konnten. Solche Forderungen, wie wir sie hier in der Motion haben, sind aus unserer Sicht unsozial und treiben die Produzenten in den Ruin. Das ist unsere Meinung. Deshalb sagen wir als Fraktion Nein.

Jürg Rothenbühler, Rüderswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Wir haben das Thema Mindestlohn und Wochenarbeitszeit ebenfalls eingehend diskutiert. Ja, wer arbeitet schon gerne lange, oder wer will nicht auch gerne viel Lohn? Das ist, glaube ich, einfach so.

Aber ich möchte mich hier vor allem Grossrat Bösiger Beat anschliessen, er hat es eigentlich richtig auf den Punkt gebracht. Unsere Fraktion lehnt die Motion in allen Punkten ab, denn dieser Schritt ist viel zu gross und kann der Landwirtschaft gar nicht zugemutet werden. Eine Arbeitszeitsenkung ist in den meisten Kantonen in den letzten 10 bis 15 Jahren in mehreren Schritten geschehen, auf ca. 55 Stunden pro Woche. Das wurde gemacht. Und wenn wir jetzt hier eine Regelung für den Kanton Bern machen, dann gefährden wir eine Branche. Dies gibt eine Wettbewerbsverzerrung in allergrösster Form. Und das sehen wir übrigens nicht nur bei der Wochenarbeitszeit so, sondern eben auch bei der Entlohnung.

Ich frage mich persönlich sowieso, warum wir diese Frage hier im Grossen Rat lösen müssen. Ich finde, eine Branche wie die Landwirtschaft kann dies selber lösen. Das machen ja die meisten Berufsverbände so, in Form eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV). Wenn der Druck gross genug ist, werden sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber irgendwie finden. Auch in der Landwirtschaft haben wir einen Fachkräftemangel, also wäre dies auch hier eigentlich möglich. Die Landwirtschaft ist in meinen Augen mündig genug, ein solches Thema selber bewältigen zu können, und wir müssen die

Landwirtschaft vonseiten der Politik nicht immer und überall bevormunden. – Wir lehnen in der Mitte-Fraktion übrigens auch das Postulat in allen drei Punkten ab.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. C'est vrai, le personnel agricole ne gagne pas particulièrement bien. C'est juste. Mais, hier, nous avons parlé de la situation des femmes dans l'agriculture, vous êtes d'accord ? Si vous pensez qu'il faut améliorer la situation des femmes dans l'agriculture, eh bien, ce matin, maintenant, il faut voter non, il faut rejeter cet objet. Sie wollen ja die Situation der Frauen verbessern, und jetzt wollen Sie ihnen 10 Stunden mehr Arbeit pro Woche geben? Sorry, ich verstehe es einfach nicht. *(Der Präsident unterbricht mit dem Hinweis, dass die Simultandolmetschung nicht funktioniert. Nach Behebung des technischen Problems erteilt er dem Redner wieder das Wort. / Le président intervient pour signaler que l'interprétation simultanée ne fonctionne pas. Il redonne la parole à l'orateur lorsque le problème technique est résolu.)* Wenn mein Lehrling 10 Stunden weniger arbeitet – ja, jemand wird diese Arbeitsstunden machen müssen. La réalité de l'agriculture est dure. Oui, le revenu pour une unité de main-d'œuvre en moyenne est de 50'000 francs, de seulement 40'000 francs en zone de montagne. Et là, on ne parle pas pour des revenus de 2000 heures de travail mais pour 2800 heures de travail. Il est important de relever que le contrat-type est aussi la base pour l'engagement des apprenants. Aujourd'hui déjà, un apprenant chez moi est présent sur l'exploitation quelque 50 pour cent de mon temps de travail. Réduire le temps de travail des apprenants à 45 heures par semaine, c'est comme si vous interdisez le travail de nuit pour un apprenant boulanger-pâtissier. Vous ne pouvez pas imposer des conditions dans un métier qui lui sont complètement étrangères. Ces conditions, elles doivent à quelque part correspondre à la réalité d'un métier.

Encore quelques mots concernant le salaire minimum : en demandant 4000 francs pour 45 heures de travail, vous demandez la mise en place d'un salaire minimum supérieur de plus de 20'000 francs par année au salaire moyen du patron en région de montagne. Est-ce que vous vous rendez compte de ça ? C'est simplement irréaliste. Il faut relever qu'aujourd'hui déjà un agriculteur doit souvent payer un salaire supérieur au sien pour un employé qualifié. Vous oubliez manifestement aussi que l'agriculture et notamment le maraîchage, l'arboriculture et la viticulture sont des ports d'entrée sur le marché du travail pour des personnes non qualifiées ou qui ne parlent pas une langue d'ici. Si ces personnes s'intègrent, apprennent la langue et prennent des responsabilités, en tant que patron vous êtes bien obligés de payer un salaire décent, d'augmenter le salaire, sinon vous allez perdre votre employé au profit d'une autre branche. Votre motion est donc à rejeter à tous points de vue. Le groupe évangélique rejettera donc l'ensemble des points de cette motion.

Und bitte, denken Sie zumindest an die Bauernfrauen. Sie arbeiten schon heute viel zu viel. Geben Sie ihnen nicht noch eins obendrauf. Meine Frau lässt Ihnen bestens danken. *(Heiterkeit / Hilarité)*

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP), Einzelsprecher. Ich mache zuerst drei Feststellungen als Präsident des Berner Bauernverbandes (BEBV) und bin froh, wenn hier möglichst viele zuhören, weil Dinge genannt wurden, die nicht ganz der Wahrheit entsprechen; ich gehe nicht auf die einzelnen ein.

Erstens: Der Vergleich mit St. Gallen hinkt. Da sieht man nur, dass sich keine der Motionärinnen und Motionäre mit dem Thema Normalarbeitsvertrag (NAV) St. Gallen auseinandergesetzt hat. Die Ausgangslage ist eine andere.

Zweitens: Die Jahresarbeitszeit des NAV Landwirtschaft des Kantons Bern – und hier sind wir stolz und bescheiden, dass wir eben Jahresarbeitszeit haben, dass wir diese Flexibilität haben – ergibt, geteilt durch die Woche, nicht das, was die Motionäre ausführen.

Und drittens: Zurzeit – und da komme ich halt doch zu den Kosten – fehlen in der Landwirtschaft 900 Mio. Franken wegen gestiegener Energie- und Hilfsstoffpreise, die in diesem Jahr 2022 bis jetzt nicht nachverhandelt werden konnten. Wir stehen vor einer Abstimmung, in der verlangt wird, dass zusätzliche Gebäude gebaut werden müssen. Auch dort: Die Einpreisung ist nicht gewährleistet, wie in anderen Branchen. Dies mutet man also im Moment den Bauernfamilien alles zu.

Aber jetzt zu den Fakten, zu dem Punkt, den ich gerne mit Ihnen teile: der Sozialpartnerschaft im Kanton Bern, sprich, der Zusammenarbeit des BEBV mit dem Verein der landwirtschaftlichen Ange-

stellten des Kantons Bern: Wir setzen uns jedes Jahr mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern an einen Tisch und verhandeln. Auf schweizerischer Ebene sind dies die Richtlohnpreisverhandlungen. Mit dem Regierungsrat und den Gewerkschaften sind wir tatsächlich als Bauernverband auch bei den Sozialpartnergesprächen dabei, mit Herrn Pardini etc. Das ist eine echte und gelebte Sozialpartnerschaft. Und der NAV des Kantons Bern entspricht eben tatsächlich auch der Vielfalt der Landwirtschaft im Kanton Bern: mit und ohne Tiere, die saisonale Flexibilität, wir haben von Ausbildungsbetrieben gehört, wir haben über 500 Lehrmeister oder Ausbildungsbetriebe, bei denen eben die ganze Familie ausbilden hilft.

Und dann noch zu einem Punkt, bei dem Sie, wenn ich hier in den Saal blicke, auch schon beim Start geholfen haben, nämlich bei der Integration. Wir sind oftmals diejenige Branche, die für die Integration diverser Leute angefragt wird: Einstiegslohn, Mindestlohn, sie können kaum Deutsch, haben gewisse sonstige Behinderungen oder Dinge, die sie nicht von Anfang an ausführen können, Lernschwache, die wir integrieren – da nehmen wir uns Zeit. Sie wissen, dass diese Leute unter Umständen 24 Stunden und 7 Tage die Woche bei der Bauernfamilie leben. Es geht um die Qualität: Wenn wir nun eine Superqualität haben ... Da schaue ich Beat Bösiger und andere Leute hier in unserer Fraktion an, die Spezialkulturen haben. Wenn ich Ueli Gfeller anschau: Wenn nicht gezäunt wird, wie es sein sollte, dann gehen diese Tiere im Berggebiet durch.

Von daher sind genügend Punkte da, um diese Sozialpartnerschaft weiterleben zu lassen. Und darum wünsche ich mir und fordere Sie auf, diesen Vorstoss in allen drei Punkten abzulehnen. Die Sozialpartnerschaft, die gelebte Sozialpartnerschaft im Kanton Bern, dankt es Ihnen. Merci vielmals für das Vertrauen.

Präsident. Sie haben als Einzelsprecher drei Minuten zur Verfügung. Nach dem nächsten Sprecher werde ich die Rednerliste schliessen.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Einzelsprecher. Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin seit 28 Jahren in der nationalen Berufskonferenz der Schreiner und präsidiere diese seit 15 Jahren. Ich bin in der grossen Verhandlungsdelegation der Schreiner, wo wir die GAV und die Löhne aushandeln.

Ich habe in diesen ganzen Jahren einfach gemerkt: Wenn wir tendenziell eine Stagnation bei den GAV hatten, dann merkten wir einfach auch, dass wir immer mehr in einen Fachkräftemangel hineinkamen. Wenn ich dies branchenübergreifend anschau, stelle ich z. B. im Gewerbe auch fest, dass Gewerbebetriebe oder Gewerberichtungen, die vor 20 Jahren einen sehr guten GAV hatten und jetzt eigentlich nicht mehr daran gearbeitet und keine Verbesserungen mehr erreicht haben, heute massiv Mühe haben mit dem Fachkräftemangel. Und als eines der grossen Probleme in der Landwirtschaft betrachte ich, dass wir, ohne die alkoholischen Getränke, nur noch 6,4 Prozent unseres Einkommens ausgeben. Und dort liegt vielleicht auch ein wenig der Haken. Wir haben dort auf diversen Ebenen Probleme, die wir hier immer wieder besprechen. Und ich finde, dass wir uns diese 4000 Franken, wie gefordert, und diese 45-Stunden-Woche einfach leisten müssen, auch wenn die Produkte ein bisschen teurer werden. Wir haben immer noch genug.

Es gibt heute Gewerbebetriebe, die Versuche mit der 4-Tage-Woche bei vollem Lohn machen und eigentlich sehr gute Resultate erzielen. Sie haben Produktivitätseinbussen, machen dafür aber auf anderen Ebenen vorwärts. – Stimmen Sie dieser Motion zu. Ich würde mich freuen, wenn das eine oder andere Lämpchen vielleicht grün leuchten würde.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP), Einzelsprecherin. Vielleicht können Sie sich noch an den Coronafrühling im Jahr 2020 zurückerinnern. Es war Lockdown, die Grenzen waren zu. In der Landwirtschaft gab es grosse Nervosität. Es bestand die Befürchtung, dass die billigen, ausländischen, meist osteuropäischen Landarbeiter und Landarbeiterinnen fehlen. Wer sollte nun helfen, die Erdbeeren zu ernten, die Spargeln zu stechen, den Salat zu setzen? Es hiess, für uns Schweizer und Schweizerinnen sei diese Arbeit zu streng, die Arbeitszeiten zu lange und die Bezahlung zu schlecht. Es kann ja nicht sein, dass wir billige Lebensmittel für uns wollen und dies auf dem Buckel ausländischer Angestellter zu schlechten Bedingungen möglich ist.

Und ich muss dem Präsidenten des BEBV widersprechen: Der NAV für die Landwirtschaft des Kantons Bern stammt aus dem Jahr 2012. Im Anhang dazu sind die Löhne für die landwirtschaftlichen Angestellten aufgeführt. Diese Lohnrichtlinien entsprechen nicht einmal mehr den Richtlöhnen, die der Schweizer Bauernverband (SBV) mit dem Verband der landwirtschaftlichen Angestellten für das Jahr 2022 ausgehandelt hat. Die Lohnrichtlinien im bernischen NAV liegen deutlich darunter.

Der Regierungsrat betont in seiner Antwort, dass eine Reduktion der Arbeitszeit von 55 auf 49,5 Stunden – wir sprechen von 49,5 Stunden – die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Landwirtschaft schwächt. Dieses Argument erschüttert mich. Die Wettbewerbsfähigkeit ist wichtiger als die Gesundheit der Menschen, wichtiger als faire Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden.

Der Kanton St. Gallen – auch da bin ich anderer Meinung als der Präsident des BEBV – hat seinen Arbeitsvertrag für landwirtschaftliche Mitarbeitende angepasst und die Arbeitszeit auf 49,5 Stunden pro Woche festgelegt; selbstverständlich mit der Möglichkeit, dies auf eine Jahresarbeitszeit festzulegen. Der Kanton St. Gallen hat also pro Jahr 2370 Arbeitsstunden, der Kanton Bern 2750. Ich weiss sehr genau – und dies, Tom, aus eigener Erfahrung als alte Bäuerin –, dass wir oft länger als 55 Stunden pro Woche arbeiten. Aber wir, wir sind Selbstständigerwerbende und nicht Angestellte. Wir entscheiden dies selber, und wir wollen ja auch als Unternehmer und Unternehmerinnen funktionieren.

Diese Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen betrifft landwirtschaftliche Mitarbeitende im Gemüse oder in Obstbetrieben. Und da gibt es dann eben häufig tagelang die gleiche Arbeit, z. B. eben 10 Stunden Spargeln stechen. – Noch ganz kurz: Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, ... *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* ... dass dies negativ sein soll für die Ausbildungsqualität. Also, wenn man nur gut ausbilden kann mit 55 Arbeitsstunden oder mehr pro Woche für die Lernenden, ... *(Der Präsident bittet die Rednerin erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'oratrice de conclure.)* ... dann stimmt das System nicht mehr. *(Der Präsident schaltet der Rednerin infolge überschrittener Redezeit das Mikrofon aus. / Le temps de parole de l'oratrice étant écoulé, le président coupe le micro.)*

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP), Einzelsprecher. Den gestrigen Aufruf von Kollegin Bühler als Sprecherin der Motion, wir wollten eine funktionierende Landwirtschaft, fand ich noch positiv. Ob dies aber mit dem gewerkschaftlich motivierten Vorstoss gelingt, da habe ich dann schon meine Zweifel.

Ich war auch 10 Jahre lang bei den Sitzungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Landwirtschaft dabei. Innerlandwirtschaftlich besteht von der Arbeitsgemeinschaft Berufsverbände Landwirtschaftlicher Angestellter (Abla) her meines Wissens kein Handlungsbedarf. Wir können uns stets sehr gut selber einigen. Es wurde bereits gesagt: Wir haben in der Landwirtschaft einen sehr kleinen Anteil an ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und hier spielt der Markt sehr gut, auch ohne zusätzliche Vorschriften.

Was mir mehr Sorgen macht, ist die Verkürzung der Ausbildungszeit bei den Lernenden. Dies wurde auch bereits von Tom Gerber angesprochen. Hier sprechen wir eben nicht von Arbeitszeit, sondern von Ausbildungszeit. Auch liebe Regina, diesbezüglich: Es gibt dort eine Schmälerung, wenn man natürlich diese Zeiten verkürzt. Die Lösung, wie wir sie heute mit dem NAV haben, eben mit 2750 Stunden im Jahr – dies wurde ebenfalls bereits gesagt –, gibt uns diese Flexibilität, die wir in unserem Beruf brauchen, der sehr vielseitig und wetterabhängig ist.

Die Lernenden haben auf dem Betrieb viel Abwechslung und können, wie dies wohl fast in keinem anderen Beruf der Fall ist, die Arbeit direkt mit dem Betriebsleiter kennen- und verstehen lernen. Zudem haben wir in unserem Beruf, eben gerade wegen der Vielfältigkeit, bei einer dreijährigen, praktisch bezogenen Lehre daneben sehr, sehr viele Lektionen, Schullektionen, was zusätzlich ebenfalls zu Abwesenheiten führt. Wenn wir diese jetzt noch erhöhen, leidet darunter natürlich auch die praktische Ausbildung. Ich habe in den letzten 37 Jahren 50 Lernende ausgebildet und weiss, wovon ich spreche. Tragen Sie mir Sorge zu dieser guten Ausbildung – eben nicht nur zur Ausbildung, sondern zur Ausbildungszeit; Arbeitszeit und Betreuung sind da inklusive. Mit Blick auf die

verflossenen Swiss Skills können wir dort schauen, dass diese Ausbildung funktioniert und auch gut so weiterlaufen kann.

Ich verkneife mir zum Schluss eines nicht: Dass auf der Liste der Mitmotionärinnen neben den Gewerkschafterinnen auch noch Bäuerinnen, die gar nie Angestellte hatten oder gar keine mehr haben, den produzierenden und ausbildenden Bauern vorschreiben wollen, welches gegenseitige Verhältnis sie haben sollen, verstehe ich dann schon gar nicht mehr. Und dies trägt sicher nicht dazu bei, dass wir, wie einleitend gesagt wurde, eine funktionierende Landwirtschaft haben. – Lehnen Sie also diesen Vorstoss in vollen Zügen ab, in allen drei Punkten.

Ruedi Fischer, Bätterkinden (SVP), Einzelsprecher. Ich mache es ganz kurz. Selbstverständlich lehne ich diese Motion in allen Punkten ab und möchte einfach nur rasch zuhänden von Meret Schindler sagen: Liebe Meret, hast du das Gefühl, wenn wir hier im Saal und alle anderen in der übrigen Wirtschaft und der Landwirtschaft in der Vergangenheit 50 Stunden gearbeitet hätten, dass wir heute dort wären, wo wir sind?

Markus Aebi, Hellsau (SVP), Einzelsprecher. Tom Gerber hat mich doch noch rasch nach vorn bewegt. Es zeigt sich da, dass diese Diskussionen einfach nicht auf kantonaler Ebene gelöst werden können. Er bringt mit seinen Preisproblemen ... Jetzt stellen Sie sich vor, dann müsste der Kanton Bern noch eine eigene Preisschiene fahren, damit er die Motionäre befriedigen könnte, was die Löhne betrifft. Also, es gibt für mich hier absolut keine kantonale Lösung. Meret kann ich das Angebot machen, dass sie an einem Nachmittag bei uns auf dem Kartoffelgraber mitarbeiten kann, wenn sie gerne auch etwas leisten möchte, zusammen mit Niki, die dort oben sitzt. Sie gräbt bei uns auf dem Graber. Das sind alles Leute, die zufrieden sind mit dem, was sie bei uns machen und bei uns haben.

Ich möchte noch kurz etwas zur Branche sagen: Es ist symptomatisch, dass man jetzt – und dafür danke ich – die Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellt; schon gestern, mit den Löhnen. Ich muss Ihnen aber sagen: Das ist Symptombekämpfung. Die Ursache? Die Ursache liegt in den wertschöpfungsschwachen Branchen. Sie haben dies in der Gastronomie, Sie haben es in der Hotellerie, Sie haben es im Tourismus. Aber es wäre noch nie jemandem in den Sinn gekommen, in diesen Branchen solche Vorstösse zu machen. Das ist eine Gesamtlösung, es ist ein gesellschaftliches Problem, das wir haben, dass wir in dieser Branche einfach diese Wertschöpfung nicht hinbekommen.

Und darum bitte ich Sie, diese Motionen abzulehnen, denn sie schaffen zusätzlichen Druck – zusätzlichen Druck auf unsere Mitarbeitenden, aber auch auf die Bauernfamilien. Und das wird letztlich dazu führen, dass man Arbeitskräfte durch Kapital ersetzt. Der technische Fortschritt wird dazu führen, dass man in dieser Branche Leute wegrationalisiert, dass die Betriebe grösser werden, technischer. Und das entspricht ja auch nicht dem Willen, der hinter dieser Motion steht. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Motion in allen Punkten abzulehnen.

Präsident. Grossrätin Schindler hat sich persönlich angesprochen gefühlt. Ich habe gesagt: ganz kurz, denn es ist gerade so im Graubereich. (*Zwischenrufe aus dem Saal. / Exclamations dans la salle.*)

Meret Schindler, Bern (SP), Einzelsprecherin. Merci, Markus, für die Einladung. Wenn ich es noch schaffe vor den Ferien, komme ich vorbei.

Ich möchte einfach noch auf die Frage von Grossrat Fischer eingehen, ob ich das Gefühl habe, wir wären so weit, wenn wir solche Löhne hätten. Vorhin hast du, Markus, auch noch gesagt – pardon? (*Zwischenruf von Grossrat Fischer, es gehe um die Arbeitszeit. / Interjection de M. le député Fischer pour indiquer qu'il s'agit du temps de travail.*) – Wegen der Arbeitszeit? Also, noch viel besser: Nein, ich habe das Gefühl, wir wären besser dran.

Und ich verstehe, dass Sie finden, es sei ein megagrosser Druck. Aber diesen können Sie nicht einfach auf die Angestellten weitergeben, sondern in den Verhandlungen einbringen. Und Sie hätten eine Rückendeckung durch die Politik, wenn Sie dann mit den Detailhändlern oder den Grosshändlern verhandeln und sagen könnten: Wir dürfen gar nicht günstiger produzieren. Und vorhin ...

(Zwischenruf aus dem Saal. / Exclamation dans la salle.) ... hast du, Dominik, gesagt, die Politik solle sich nicht einmischen in die Landwirtschaft.

Präsident. Zum Schluss kommen. Wir wollen nicht eine ganze Rundumsicht, diese hatten wir vorher. Bitte nur auf das eingehen, worauf du direkt angesprochen wurdest.

Meret Schindler, Bern (SP), Einzelsprecherin. Also. Grundsätzlich ist es einfach so: Wenn wir fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Kosten tragen, sollen wir auch mitreden können. Und es wäre eine Verbesserung für alle Angestellten. Und in der Gastro haben sie nicht eine 55-Stunden-Woche, Markus.

Präsident. Zum Schluss kommen. Ich muss einfach klar sagen: Unterschiedliche Meinungen sind nicht persönliche Angriffe, auch wenn der Name gefallen ist. Das sind einfach unterschiedliche Meinungen. Deshalb habe ich vorhin «Graubereich» gesagt. Es ist manchmal juristisch ein bisschen schwierig, aber das kennen wir ja alle.

Dominique Bühler, Liebefeld (Grüne), Mitmotionärin. Ich bedanke mich für die angeregte und interessante Diskussion und auch für die Unterstützung vonseiten meiner Mitmotionärinnen. Wie ich am Anfang gesagt habe, ist es keine einfache und leider auch keine ganzheitliche Diskussion, die wir hier führen können. Da bin ich einverstanden. Es braucht also weitere Diskussionen, auch auf Bundesebene, z. B. zu den Margen in der Handelskette. Und trotzdem hat der Kanton in diesem Bereich Handlungsmöglichkeiten und auch Handlungsbedarf.

Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den meisten Fällen Erntehelferinnen, wie die Mitvorstösserin von Die Mitte bereits gesagt hat. Es sind also nicht Personen, die Aussicht auf einen eigenen Betrieb haben. Und ich erinnere daran, dass genau diese Erntehelfer und -helferinnen in der Coronakrise noch als systemrelevant bezeichnet wurden, wie Grossrätin Fuhrer-Wyss auch bereits gesagt hat. Und jetzt hätten wir die Chance, sie angemessen zu entschädigen und ihnen zeitgerechte Arbeitsbedingungen zu bieten.

Noch ein Wort zu den saisonalen Schwankungen, z. B. den Erntezeiten: Dies wäre mit der Forderung in Punkt 1 weiterhin möglich. Wir verlangen nämlich eine Begrenzung der Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt. Wir sind also absolut einverstanden, dass saisonale, unterschiedliche Arbeitszeiten nötig sind, und sie sind auch weiterhin möglich, z. B. fürs Heuen. Ich habe es bereits gesagt: Diese Forderung wurde in anderen Kantonen schon umgesetzt, z. B. – und ich nehme wieder dieses Beispiel – im Kanton St. Gallen, wo dies im NAV drin ist. Wir möchten etwas sehr Ähnliches wie dies.

Und vielleicht noch etwas zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons, die ebenfalls erwähnt wurde: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind auch in anderen Kantonen wie dem Kanton Zürich in der Diskussion. Wir werden also bei diesen Arbeitsbedingungen eher überholt, denn so, wie wir sie im Kanton Bern haben, wären sie nicht mehr angemessen, und das ist schwierig für den Wettbewerb um unsere Arbeitskräfte. Und wir haben es ja bereits gehört: Wir haben einen Fachkräftemangel in diesem Bereich, das ist einfach Fakt.

Ich werde weiterhin an der Motion festhalten. Ich hoffe, dass ich doch noch die eine oder den anderen von gewissen Punkten überzeugen konnte. Wir machen eine punktweise Abstimmung, und ich bin gespannt.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Ich kann es vorwegnehmen: Die Regierung hat Verständnis für das Anliegen der Motion und setzt sich nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen Branchen für gute Arbeitsbedingungen ein.

Nun wissen wir alle, dass der Alltag, der Arbeitsalltag von Leuten, die in der Landwirtschaft arbeiten, streng ist, dass die Löhne nicht zu den höchsten gehören. Und trotzdem lehnt die Regierung die Motion in allen drei Punkten ab. Warum: Da könnte ich jetzt eigentlich auf das Votum von Grossrat Aebi verweisen, der knapp, präzise, aber klar auch die Beurteilung der Regierung wiedergegeben hat. Bei der Beurteilung der Motion aus Sicht der Regierung ist es eben wichtig – darauf haben verschiedene Votanten und Votantinnen auch hingewiesen –, dass man die Situation der Angestellten

nicht isoliert betrachtet. Die landwirtschaftlichen Angestellten sind Teil eines Systems, und dieses ist ein nationales oder eigentlich sogar internationales System. Das bedeutet, dass alle Anpassungen, die wir jetzt allenfalls hier auf kantonaler Ebene vornehmen würden, auch Auswirkungen haben eben auf dieses Gesamtsystem. Wenn man also die Forderungen der Motion umsetzen würde, dann hätte dies zwar die positiven Effekte auf die betroffenen Angestellten, aber es hätte eben auch Auswirkungen auf die Berner Landwirtschaftsbetriebe. Und diese Auswirkungen wären, zumindest aus Sicht der Betriebe, alles andere als positiv.

Ich zeige dies am Beispiel von Punkt 1 der Motion: Wenn man die Arbeitszeit senken möchte, führte dies zwingend dazu, dass man diese Arbeitszeit kompensieren müsste. Also müssten entweder die Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter selber mehr arbeiten; Grossrätin Fuhrer hat selber festgehalten, dass dies schon heute der Fall ist, dass diese mehr arbeiten als einfach die Stunden, die für die Angestellten gelten. Also müsste man entweder zusätzliches Personal anstellen oder eben die Familien der Betriebsleiterinnen und -leiter zusätzlich belasten. Und wenn man zusätzliches Personal anstellt, kommt es logischerweise zu zusätzlichen Lohnkosten.

Auch bei Punkt 2 braucht man nicht ein ökonomisches Studium gemacht zu haben, um zu verstehen, dass ein höherer Lohn auch zu höheren Kosten führt. Und auch wenn man diese Löhne angemessen findet, müsste man dann auch noch aufzeigen können, wie man diese Mehrkosten überwälzen kann. Die produzierenden Betriebe müssten diese Kosten zwingend an die Abnehmer weitergeben können. Und wer sind diese? Dies sind wir Konsumentinnen und Konsumenten. Und wie das Konsumverhalten ist und wie die Konsumentinnen und Konsumenten einkaufen, das wissen wir: Sie kaufen in der allergrössten Mehrheit nicht die teuersten Produkte. Sondern gerade auch in den jetzigen Zeiten: Da Inflation droht, da es schon zu einer Kaufkrafteinbusse gekommen ist und noch weiter kommen wird, wird man billigere Produkte wählen und möglicherweise eben solche aus dem Ausland.

Also, zusammengefasst: Mehr Angestellte bedeutet höhere Lohnkosten, bedeutet eine Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der Berner Betriebe. Das ist ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Produzentinnen und Produzenten in anderen Kantonen oder eben auch gegenüber dem Ausland.

Ein wichtiger Punkt ist aus Sicht der Regierung auch noch, dass sich die Anstellungsbedingungen zwischen den Kantonen nicht so stark unterscheiden, wie dies jetzt vermutet wird. Der SBV hat die kantonalen NAV im November 2021 verglichen, und die Auswertung zeigt, dass die grosse Mehrheit der Kantone die Arbeitszeit bei rund 55 Stunden pro Woche festlegt. Einzelne Kantone gibt es zwar, die darunterliegen, aber es gibt auch solche, die darüberliegen. Sie sehen also: Es ist nicht einfach ein Thema der Angestellten im Kanton Bern, sondern es ist ein Thema, das auf schweizerischer Ebene anzuschauen ist. Eine Lösung auf kantonaler Ebene, wie dies die Motion vorsieht, macht deshalb aus Sicht der Regierung nicht viel Sinn.

Die Regierung lehnt die ersten beiden Punkte der Motion ab. Sie lehnt aber auch den dritten Punkt ab, der fordert, dass man eine Unterstellung der landwirtschaftlichen Arbeit unter das Arbeitsgesetz (ArG) macht. Nun muss man wissen, dass die Landwirtschaft in der Schweiz ganz bewusst nicht dem ArG unterstellt wurde. Und das liegt nicht primär an politischen Einschätzungen, die unterschiedlich gewesen wären, sondern an natürlichen Gegebenheiten bei dieser Arbeit. Dies wurde von Leuten hier im Saal, die selber in der Landwirtschaft arbeiten, ausgeführt: Es ist eine Branche, die sehr stark, viel stärker als andere, von Jahreszeiten, von der Witterung, vom Wetter abhängig ist. Das haben wir nicht nur im letzten Sommer gesehen. Wenn beispielsweise ein Gewitter im Anzug ist, kann ein Bauer nicht einfach den Traktor ans Trockene tun, wenn er acht Stunden gearbeitet hat, und Feierabend machen. Dann muss er das Heu einbringen, solange es noch nicht «schiffet», berndeutsch gesagt. Wenn nun aber das ArG gelten würde, wären in einem solchen Fall dann eben die nötigen Überstunden nicht mehr möglich, und dies ist darum auch nicht im Interesse der Branche.

Die Regierung ist deshalb der Auffassung, dass eine Unterstellung unter das ArG den Bedürfnissen der Landwirtschaft nicht entspricht und in der Praxis, wenn man es dann auf den Boden bringen möchte, zu Schwierigkeiten, zu grossen Schwierigkeiten führen könnte. Die Regierung lehnt deshalb den Vorstoss in allen drei Punkten ab.

Präsident. Damit kommen wir nach dieser doch recht ausführlichen Debatte zur Abstimmung. Wir stimmen über die Motion ab, wir stimmen punktweise ab: Wer die Ziff. 1 der Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.377: Ziff. 1 / ch. 1

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	52
Nein / Non	86
Enthalten / Abstentions	7

Präsident. Sie haben die Ziff. 1 abgelehnt.

Wir kommen zur Ziff. 2: Wer die Ziff. 2 der Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.377: Ziff. 2 / ch. 2

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	44
Nein / Non	99
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben auch die Ziff. 2 abgelehnt.

Wir kommen zur Ziff. 3: Wer die Ziff. 3 der Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.377: Ziff. 3 / ch. 3

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	44
Nein / Non	99
Enthalten / Abstentions	4

Präsident. Das ist ziemlich gleich wie vorhin: Sie haben auch die Ziff. 3 abgelehnt.